## Noch länger arbeiten? Nein danke!

Die von den Sozialpartnern ausgehandelte Flexibilisierung der Arbeitszeit ist ein Schritt in die falsche Richtung. Arbeitgeber haben künftig die Möglichkeit, die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit drastisch zu verlängern:

- Bis zu 24 Wochen im Jahr soll "bei besonderem Arbeitsbedarf" eine tägliche bzw. wöchentliche Höchstarbeitszeit von 12 bzw. 60 Stunden ermöglicht werden.
- Durch Vereinbarung im Kollektivvertrag kann die tägliche Normalarbeitszeit auf bis zu 10 Stunden erhöht werden.
- Die Einführung einer Vier-Tage-Woche (4 Tage a 10 Stunden) wird auch auf betrieblicher Ebene möglich sein – wo ein Betriebsrat besteht über eine Betriebsvereinbarung, ohne Betriebsrat sogar durch Einzelvereinbarung!
- Wo es keine kollektivvertragsfähige Interessensvertretung gibt, soll generell die betriebliche Ebene hinsichtlich einer Regelung der Arbeitszeiten gestärkt werden
- Einzig die Vereinbarung für Teilzeitbeschäftigte geht in die richtige Richtung, ist allerdings unzureichend: Es soll einen Zuschlag von 25 % für jede geleistete Mehrstunde geben, falls diese Mehrarbeit nicht innerhalb eines Quartals ausgeglichen wird

Wir UnterzeichnerInnen lehnen diese Sozialpartnereinigung ab. Sie schafft keine "win-win Situation", sondern bringt viele Nachteile für die ArbeitnehmerInnen.

- Sie bringt eine de facto Arbeitszeitverlängerung die keine neuen Jobs schafft, sondern im Gegenteil Arbeitslosigkeit verschärft. Die Arbeitskraft der Stammbelegschaften wird dagegen noch intensiver "genutzt", auf Kosten von Gesundheit, Freizeit und Lebensqualität.
- Sie erhöht in Betrieben ohne Betriebsrat den Druck auf einzelne Beschäftigte, mehr Überstunden zu leisten – aus Angst um den Arbeitsplatz, häufig ohne entsprechende Zuschläge.



- Längere und flexiblere tägliche Arbeitszeiten erschweren die Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Die zu niedrigen Zuschläge bei Mehrarbeit von Teilzeitbeschäftigten wirken einer weiteren Zerlegung von Vollzeit- in Teilzeitbeschäftigung nicht wirksam entgegen.
- Eine Stärkung der betrieblichen oder sogar der einzelvertraglichen Ebene bedeutet insgesamt eine Schwächung der ArbeitnehmerInnen und ihrer Interessenvertretungen.

Es ist uns nicht nachvollziehbar und gänzlich unverständlich, warum der ÖGB dieses Übereinkommen als Erfolg feiert. Wir fordern dagegen:

- Zurück an den Start! Neuverhandlung des Sozialpartnerpakets unter Einhaltung der Beschlusslage des ÖGB: Arbeitszeitflexibilisierung nur bei Arbeitszeitverkürzung
- Berücksichtigungswürdige persönliche Interessen der ArbeitnehmerInnen müssen bei Arbeitszeitflexibilisierung gewahrt und wirkungsvoll gesichert bleiben!
- Daher: Keine betrieblichen Arbeitszeitregelungen ohne Betriebsrat – keine Ausdehnung der Arbeitszeit über Einzelverträge
- Mehrstunden bei Teilzeitarbeit sind wie Überstunden zu regeln, daher 50 %
  Zuschlag bei Mehrarbeit und kein gesetzlicher Durchrechnungszeitraum
- Keine Zustimmung zu diesem Sozialpartnerpaket im Parlament
- Eine breite, offene Diskussion zu diesem Sozialpartnerpaket in ÖGB und Einzelgewerkschaften und als erste Maßnahme eine Betriebsrätlnnenbefragung. Das ist ein Mindestanspruch an einen "ÖGB-neu"!

Name	Adresse	Unterschrift	ÖGB-Mitglied?

Name	Adresse	Unterschrift	ÖGB-Mitglied?

Unterschriftenlisten bitte zurück an:

Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB Blumauergasse 22/4 1020 Wien

weitere Infos zum Thema unter www.ug-oegb.at

Impressum: Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG), Blumauergasse 22/4, 1020 Wien